



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 4/2003

Sendesperrfrist 15.00 Uhr

Halle, den 6. März 2003

Ansprechpartner: Dr. Udo Ludwig (Tel. 0345/77 53 800)

- Deutsche Wirtschaft: Stagnation zunächst noch nicht überwunden
- Arbeitslosigkeit bleibt in diesem und im nächsten Jahr über der 4-Millionen-Marke
- Deutschland verfehlt auch 2003 die Defizitobergrenze des Maastricht-Kriteriums

Weltwirtschaft im Zeichen der Kriegsdrohung

Die Zuspitzung der weltpolitischen Lage lässt derzeit jegliche Konjunkturprognose als flüchtige Momentaufnahme erscheinen. Die Belastung aller wirtschaftlichen Aktivitäten durch die Erwartung einer weiteren Eskalation der Irak-Krise ist gestiegen. Auf den hoch reagiblen Erdöl-, Kapital- und Devisenmärkten zeigt sich eine deutliche Verunsicherung. Auf den Spotmärkten werden mit 33 Dollar je Barrel (Sorte Brent) bereits frühere Spitzenwerte erreicht. Der jüngste Ölpreisanstieg ist als Kostenschub vor allem ein negativer Angebotsschock für die Industrieländer, entzieht Kaufkraft und schwächt damit die Nachfrage. Die hohe Unsicherheit der Anleger findet in einer gedrückten Entwicklung der Kapitalmärkte ihren Niederschlag. Zur Dollarschwäche tragen die Wiederkehr des amerikanischen Zwillingsdefizits und die Sorgen um dessen Ausweitung in Folge des Irak-Konflikts bei.

Die anhaltende Unsicherheit hält Verbraucher und Investoren weltweit stärker in Schach als bislang in den IWH-Prognosen unterstellt. Der aktualisierten Prognose liegt dennoch die Annahme zugrunde, dass sich die Lage ab dem Sommer etwas entspannt. Freilich ist nicht unterstellt, dass sich die Belastungsfaktoren gänzlich auflösen. So wird auch für die zweite Jahreshälfte und für das Jahr 2004 von einem Ölpreis ausgegangen, der mit 27 Dollar je Barrel an der Obergrenze des von der OPEC angestrebten Bandes liegt.

Diese Annahmen implizieren für die USA – gemeinsam mit einer weiterhin außerordentlich expansiven Fiskal- und Geldpolitik – eine Fortsetzung des moderaten Aufschwungs (Tabelle 1). Darauf deutet auch die jüngste Erholung der Investitionstätigkeit hin. Allerdings wird die deutliche Zurückbildung der Erwartungen über die mittelfristigen ökonomischen Perspektiven dafür sorgen, dass der Konsum und damit die gesamte Konjunktur nur nach und nach erstarren.

Im Euroraum bleibt die konjunkturelle Entwicklung schwach. Der jüngste, starke Rückgang des Verbrauchervertrauens lässt keine durchgreifende Erholung des privaten Konsums erwarten. Dazu trägt der Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit letztlich die prekäre Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten bei. Die Erwartungen der Unternehmen sind durch eine starke Verunsicherung geprägt. Die IWH-Prognose geht davon aus, dass die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten die Konjunktur nicht abwürgen wird, zugleich aber ein offenes Abrücken vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vermieden wird.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2003 und 2004

	2002	2003	2004
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,6	0,7	1,8
Staatskonsum	1,5	0,9	0,7
Anlageinvestitionen	-6,7	-0,1	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	1,5	5,0
Bauten	-5,9	-1,4	-1,7
Inländische Verwendung	-1,5	0,9	1,7
Exporte	2,6	5,0	9,0
Importe	-2,1	6,1	8,8
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,8	2,1
dar.: Ostdeutschland*	0,1	1,3	1,8
Nachrichtlich: USA	2,4	2,6	3,6
Euroraum	0,8	1,6	2,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,6	2,8	2,3
Effektivlöhne je Stunde	2,0	2,6	2,6
Lohnstückkosten ^a	0,8	1,2	1,1
Preisindex für die Lebenshaltung	1,4	1,4	1,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 688	38 370	38 490
Arbeitslose ^c	4 060	4 320	4 170
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,5	10,1	9,8
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,6	-3,4	-2,5

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; ab 2003 Prognose des IWH.

Vorübergehende Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion in Mittel- und Osteuropa

In Mittel- und Osteuropa wurde im vergangenen Jahr die Binnennachfrage in den meisten Ländern durch umfangreiche staatliche Investitionsprogramme, Stützungen bei der Anhebung administrierter Preise oder Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst angeregt. Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Entwicklung jedoch verlangsamt, da die Impulse aus dem Ausland nachgelassen haben. Inzwischen dämpfen in den rohölabhängigen Ländern auch steigende Energiekosten im Sog der drohenden Zuspitzung des Irak-Konfliktes die Nachfrage. Die Arbeitslosigkeit verharrt aufgrund fortgesetzter Umstrukturierungen auf hohem Niveau oder steigt sogar noch leicht. Der Rückgang der Inflation setzte sich in allen Ländern der Region fort (Tabelle 2). Die angespannte Haushaltslage deutet in vielen Ländern auf hausgemachte Probleme hin, und die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik in einigen Ländern gerät zunehmend in Konflikt mit der Geldpolitik. Dämpfende Effekte staatlicher Konsolidierungsmaßnahmen dürften jedoch im Jahr 2004 durch ein wieder stärkeres Anziehen der Auslandsnachfrage kompensiert werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird dann wieder stärker zunehmen.

Tabelle 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Polen	25,4	1,0	1,3	2,8	3,5	5,5	1,9	2,5	2,5	17,5	18,1	17,8	17,0
Tschechien	7,9	3,3	2,5	3,0	4,0	4,7	1,8	2,0	2,5	8,6	9,2	10,0	9,0
Ungarn	7,2	3,8	3,2	3,6	4,2	9,2	5,3	6,5	4,0	5,7	5,7	5,5	5,0
Rumänien	5,5	5,3	4,5	4,6	4,8	32,9	22,8	17,0	14,0	8,6	10,2	10,0	9,5
Slowakei	2,8	3,3	4,0	3,3	4,0	7,3	3,4	5,0	4,5	18,3	17,8	17,5	17,0
Slowenien	2,6	3,0	3,0	3,5	4,0	8,4	7,5	7,0	5,0	6,4	6,5	6,4	6,2
Bulgarien	1,9	4,0	4,0	4,3	5,0	7,4	5,8	5,5	4,0	18,9	17,7	17,2	16,2
<i>Mittleuropa^a</i>	<i>53,4</i>	<i>2,5</i>	<i>2,4</i>	<i>3,2</i>	<i>3,9</i>	<i>9,1</i>	<i>5,0</i>	<i>4,9</i>	<i>4,2</i>	<i>13,1</i>	<i>13,5</i>	<i>13,3</i>	<i>12,6</i>
Estland	0,8	5,0	5,2	5,0	5,0	5,7	3,6	4,5	3,7	12,6	10,5	10,0	9,5
Lettland	1,1	7,6	5,0	5,5	6,0	2,5	2,0	2,5	2,0	13,0	13,5	12,0	12,0
Litauen	1,7	5,9	5,9	5,0	5,5	1,3	-0,1	1,5	1,5	17,0	16,6	14,0	14,0
<i>Baltische Länder^a</i>	<i>3,5</i>	<i>6,2</i>	<i>5,5</i>	<i>5,2</i>	<i>5,5</i>	<i>2,6</i>	<i>1,3</i>	<i>2,5</i>	<i>2,1</i>	<i>14,8</i>	<i>14,4</i>	<i>12,6</i>	<i>12,5</i>
<i>Mittleuropa und Baltikum^a</i>	<i>56,9</i>	<i>2,7</i>	<i>2,6</i>	<i>3,4</i>	<i>4,0</i>	<i>8,7</i>	<i>4,8</i>	<i>4,8</i>	<i>4,0</i>	<i>13,2</i>	<i>13,5</i>	<i>13,3</i>	<i>12,6</i>
Russland	43,1	5,0	3,5	3,7	4,0	21,6	16,0	14,0	12,0	8,9	8,0	8,0	7,0
<i>Mittelosteuropa^a</i>	<i>100,0</i>	<i>3,7</i>	<i>3,0</i>	<i>3,5</i>	<i>4,0</i>	<i>14,3</i>	<i>9,6</i>	<i>8,7</i>	<i>7,5</i>	<i>10,6</i>	<i>10,2</i>	<i>10,1</i>	<i>9,2</i>

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2002: Schätzung des IWH, ab 2003: Prognose des IWH.

Deutsche Wirtschaft zunächst noch in der Stagnation

Die Konjunktur in Deutschland ist bereits zehn Quartale in Folge nicht richtig in Schwung gekommen. Im Schlussquartal des vergangenen Jahres stagnierte die gesamtwirtschaftliche Aktivität, und kurzfristig zeichnet sich keine Besserung ab. Vor allem mit der Erhöhung der Abgabenlast zu Beginn des Jahres lähmt die Wirtschaftspolitik die Antriebskräfte verstärkt. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat lassen allerdings die Fortsetzung der restriktiven Finanzpolitik im ursprünglich geplanten Ausmaß als nicht realisierbar erscheinen. So werden die im Konsolidierungspaket des Finanzministers vorgesehen Steuererhöhungen zum größten Teil ausbleiben. Auch weitere Reformen am Arbeitsmarkt und bei den Gemeindefinanzen werden sich den politischen Mehrheitsverhältnissen stellen müssen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des drohenden Irak-Krieges, der drastisch gestiegenen Ölpreise und der fortgesetzten Euro-Aufwertung nimmt das IWH seine Konjunkturprognose für Deutschland leicht zurück. Für 2003 erscheint ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um ein Prozent nicht mehr wahrscheinlich. Das IWH geht jetzt von 0,8% aus. Wegen der gestörten Übertragungswege bleibt eine Unterstützung der Konjunktur in Deutschland durch die jüngsten Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank aus. Infolge der anhaltenden Binnenschwäche wird die konjunkturelle Dynamik im kommenden Jahr mit dem Nachlassen des außenwirtschaftlichen Impulses wieder zurückgehen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts erhält jedoch im Jahr 2004 einen zusätzlichen Impuls durch die kalenderbedingt größere Zahl von Arbeitstagen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte insgesamt um rund 2% gegenüber dem Vorjahr zunehmen (Tabelle 1).

Der Kostenauftrieb in der Wirtschaft infolge der hohen Tarifabschlüsse und der gestiegenen Lohnnebenkosten wird zusammen mit dem Anziehen der Ölpreise und der schwachen Konjunktur den Druck auf die Beschäftigung verstärken. Im Schnitt wird die Arbeitslosigkeit sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die 4-Millionen-Marke deutlich überschreiten.

Die schwache Konjunktur, aber auch die Nichtdurchsetzbarkeit der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Steuervorhaben tragen wesentlich dazu bei, dass die deutsche Defizitquote in diesem Jahr mit 3,4% des Bruttoinlandsprodukts die europäische Zielvorgabe erneut verfehlt. Dies ist jedoch hinzunehmen. Zum einen sollten die automatischen Stabilisatoren wirken, zum anderen sind Steuererhöhungen nicht der geeignete Weg zur Konsolidierung. Im laufenden wie auch im kommenden Jahr ist hingegen der Anstieg der nichtkonjunkturellen Ausgaben strikt zu begrenzen. Dazu müssen vor allem kostendämpfende Reformen am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen durchgeführt werden. Keinesfalls sollten jedoch öffentliche Investitionen gekürzt werden. Um die Wachstumschancen in der Zukunft zu verbessern, sollten die investiven Ausgaben erhöht werden. Insgesamt erlaubt die vorgeschlagene Strategie, die öffentlichen Haushalte mittelfristig zu konsolidieren und das strukturelle Defizit auf null zurückzuführen.

Die weitere Entwicklung des weltwirtschaftlichen Umfeldes hängt wesentlich von den politischen Geschehnissen ab. Die Aktualisierung der Prognose steht unter dem Vorbehalt einer Deeskalation des Irak-Konfliktes in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Sollte es zum Krieg kommen, wird die Weltwirtschaft von Turbulenzen erschüttert werden, deren ökonomische Folgen zwar für unterschiedliche Kriegsszenarien abgeschätzt werden können, die wahrscheinliche Entwicklung der Konjunktur lässt sich damit aber nicht begründen. Selbst ein kurzer Krieg könnte vor dem Hintergrund des Zwillingsdefizits und steigender Ölpreise die Konjunktur in den USA schwächen. Strauchelt das Kernland der Weltwirtschaft, wird der bislang erwartete Aufschwung nicht in Gang kommen. Unberechenbar dürften die Folgen sein, wenn neue Terroranschläge die Welt überziehen.

Diese Pressemitteilung steht auch im Internet unter www.iwh-halle.de